

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d



Inhalt

33. Jahrgang / 156

16. August 1978

Dr. Olaf Schwencke MdB ruft die SPD auf, die engagierten Umweltschützer noch mehr in ihre Arbeit einzubinden.

Seite 1-3

Lenelotte von Bothmer MdB, afrikapolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, warnt vor der Duldung des südafrikanischen Terrors.

Seite 4

Reinhard Schultz, stellvertretender JUSO-Bundesvorsitzender, sieht in den Weltjugendfestspielen von Havanna mehr als nur eine kommunistische Mamutschau.

Seite 5-7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

Die Grünen und die Parteipolitik

Lehren aus den Aktionen der Denkmalschützer für den demokratischen Sozialismus

Von Dr. Olaf Schwencke MdB

Der augenblickliche Streit in Kreisen der "Grünen", "Bunten" und Gruhls CAZ um ihr öffentliches parteiliches Engagement darf die etablierten Parteien nicht dazu verleiten, einfach zur Tagesordnung überzugehen: Unleugbar groß ist die Vitalität, die von den ökologischen Bewegungen für die allgemeine Zukunftssicherung im Bewußtsein großer Teile unserer Gesellschaft ausgeht. Erhard Eppler hatte schon recht, als er - mit konkreten politisch machbaren Vorschlägen - davor warnte, etwa so zu tun, als ob die Wachstumsgesellschaft der 60er Jahre wiederherstellbar sei: Die Gesellschaft der 80er Jahre wird nur aufgrund von ganz anderen Prioritäten auch innerhalb der Parteien bestehen können - und das gilt insbesondere für die europäischen Parteien des demokratischen Sozialismus!

Auch für die SPD ist - obschon sie nicht mit leeren Händen in Sachen Umweltschutz vor ihre Wähler treten kann - Selbstgefälligkeit nicht am Platze. Auch wenn wir dem 1961 von Willy Brandt proklamierten Ziel des "blauen Himmels" über Rhein und Ruhr erheblich näher gekommen sind, so dürfen wir doch die wachsenden und längerfristig gefährlicheren Umweltgefahren, die ihrerseits in der Öffentlichkeit immer neue Ängste gebären, politisch nicht ignorieren.

Trotz verwirrender Aktionen in Hessen bleiben die Kerngruppen unter den "Grünen" die konsequenten Kerneenergie-Gegner: Andere Bürger- und sonstige Initiativen spielen in diesem bunten Kreis der Protestbewegler nur aktionell und neuerdings auch stark verbal eine gewisse, politisch

Jedoch längerfristig erkennbare Rolle. Unter ihnen gibt es zwar immer noch auch Denkmalschützer, also die Gruppe der Altstadterhalter, aber ihre Zahl ist in den letzten zwei Jahren ganz wesentlich zurückgegangen. Welche Begründung gibt es dafür und was lehrt eine solche Entwicklung im Blick auf die Herausforderung der Ökologen?

Wenn auch manches erhaltenswerte alte Stadthaus - geschweige denn Dorfgebäude - heute noch dadurch "saniert" wird, daß es abgerissen wird, um beispielsweise durch ein Warenhaus oder durch eine verbreiterte Straße "ersetzt" zu werden, so gilt doch im großen und ganzen zweifellos heute, daß eine grundsätzliche Wende in der Städtebaupolitik eingetreten ist: Die Priorität vom Neubau hat sich auf die Erhaltung des Alten verlagert.

Es ist in der Bundesrepublik Deutschland politisch gelungen, das Kernproblem des Denkmalschutzes, also im weiteren Sinne die Lebenswürdigkeit unserer Städte und Gemeinden, mit ihrer gesellschaftspolitischen Dimension zu erkennen, politisch zu definieren und legislativ daraus Konsequenzen zu ziehen. Daran haben in der Bundesrepublik Sozialdemokraten nicht nur erheblichen, sondern entscheidenden Anteil: Wer, wie ich, häufig an Veranstaltungen von Altstadt-Bürgerinitiativen und anderen Gremien zur Stadterhaltung teilnimmt, trifft immer mehr - zuletzt namentlich auf dem 4. Hessischen Denkmalschutztag in Melsungen - denkmalschutz-bewußte Sozialdemokraten neueren Zuschnitts. Mit anderen Worten: Parteikritische Bürger, die durch ihr Denkmalschutz-Bewußtsein sich politisch engagierten, sind zu einem erheblichen Teil in die Sozialdemokratie integriert worden. Damit tragen sie nicht nur Verantwortung für ihren engeren städtischen Bereich, sondern für unsere Gesellschaft insgesamt. Aus Protestbürgern der 70er Jahre, jedenfalls der architektur-umwelt-politischen Provenienz, haben sich in nicht geringem Umfang gestandene Sozialdemokraten innerhalb der Kommunalpolitik ihrer Städte entwickelt.

Weder den Betroffenen noch der SPD ist dieser Integrationsprozeß leicht gefallen: Beide Seiten mußten sich, unter jeweiliger Erkenntniserweiterung und einem politi-

schen Lernprozeß aufeinander zu bewegen:

- Die "Denkmalschützer" mußten begreifen, daß es nur innerhalb eines verantwortlichen gesellschaftlichen Gesamtkonzepts eine Reform auch der Städtebaupolitik geben konnte;
- die Sozialdemokratie mußte lernen, daß die Grenzen quantitativen Wachstums qualitativ urbanpolitisch nutzbar und konkretisierbar sind: Durch neue Setzung der lebensqualitativen Prioritäten in den Städten - den Anfang dafür hat Willy Brandts zweite Regierungserklärung gegeben, und Bundeskanzler Helmut Schmidts Regierungserklärung von 1976 hat das konkretisiert; nämlich durch
- konkrete legislative Schritte, die vom Städtebauförderungsgesetz über die Bundesbaunovellierung und das Modernisierungsgesetz, der Erweiterung des § 7b EStG, dem Erhaltungsgesetz und schließlich bis hin in wesentliche Programnteile der Konjunkturförderung reichten.

Der Lernprozeß der Sozialdemokratie zur Integrationsmöglichkeit von Umweltschützern ist ziemlich konkret: Erkennen des Problems, das zunächst von nur wenigen Bürgern artikuliert wird, die parteipolitische Bewußtseinsbildung und schließlich die konkrete politische Maßnahmen-Antwort: Das alles bedeutet die Dimension des demokratischen Sozialismus qualitativ zu erweitern - warum soll die ökologische Bewegung davon ausgenommen werden? Was für die "Denkmalschützer" gilt, im Prinzip für die Integration notwendig war, könnte - hier in einem wesentlich erweiterten Umfang - auch für die ökologische Bewegung nicht nur sinnvoll, sondern gesamtgesellschaftlich notwendig sein: Wem sollten wir nicht "signalisieren, daß wir etwas begriffen haben und daraus präzisere Folgerungen ziehen als die Grünen" (Erhard Eppler).

Der demokratische Sozialismus hat immer offen zu sein für breite gesellschaftliche Bewegungen und wird seinerseits das herrschende Realitätsprinzip durchstoßen, um auf neue bessere, also humanere Realitäten zu reagieren. (-/16.8.1978/ks/hgs)

+ + +

Niemand darf zu Südafrika schweigen

Die Unterdrückung der Schwarzen wird immer perfider

Von Lenelotte von Bothmer MdB

Afrikapolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Alle Welt schaut mehr und mehr nach Südafrika: Der Rassismus ist im Zeichen der Menschenrechte zum drückenden Problem für alle geworden. Noch haben nicht alle begriffen, daß das immer perfider entwickelte System der Unterdrückung schwarzer und farbiger Menschen für den südafrikanischen Staat bisher der starke Grundpfeiler seines Reichtums war, daß also der Regierung in der Republik Südafrika alles daran liegt, sich dieses System zu erhalten. Zwar spricht man von Veränderung, von Entwicklungen, aber die sind von der Art, daß man Dinge einfach anders benennt, aber in der Sache nichts ändert, und daß man den Betroffenen, weil sie mit diesem Etikettenschwindel nichts anfangen können, selber die Schuld an den festgefahreneren Zuständen gibt.

Mancherorts in der Welt glaubt man allerdings an die Kraft solcher sogenannten Veränderungen; z.B. vertreten viele CDU-Kollegen den Standpunkt: Mit südafrikanischen Politikern reden, hoffen, und die Augen zumachen. Gewiß, es könnte Wunder geben: Wer christlich denkt, mag das nicht ausschließen. Aber die schrecklichen Tatsachen in Südafrika sprechen eine andere Sprache, eine Sprache, die solche vagen Hoffnungen geradezu zum Vergehen an Menschen macht.

Wer kann schweigen und friedlich zur Kenntnis nehmen, daß immer wieder schwarze und farbige Menschen im Polizeiverhör und in der Haft auf einmal sterben? Junge, bis dahin kräftige Männer fallen tot um an Herzschwäche, stolpern fünf Stockwerke tief und brechen sich das Genick, sterben an Nierenversagen... Können Christen, können Menschen dazu schweigen?

Nach wie vor - und gerade in den letzten Tagen häufen sich die Meldungen - geht die südafrikanische Polizei mit roher Gewalt gegen politisch unliebsame Personen vor: Sie ermordet sie auf bestialische Weise vermutlich in der Absicht, dem Lande dadurch weiteren Ärger zu ersparen. Der Ärger aber, der dem Lande Südafrika aus solchen Morden erwächst, wird sehr groß werden: Eine Saat kann aufgehen aus Verzweiflung und Zorn, die das unbeugsame Regime und alle Menschen in Südafrika furchtbar bedroht. Alle verantwortungsbewußten Menschen müssen ihre Stimme erheben, um Einhalt zu fordern. Es ist Zeit, daß auch die Bundesregierung ihr Verhalten rundherum darauf einstellt, daß die jetzige südafrikanische Regierung keine Einsicht zeigt.

(-/16.8.1978/va-he/hgs)

Kuba hat sich gelohnt

Die Weltjugendfestspiele waren mehr als nur eine kommunistische Schau

Von Reinhard Schultz

Stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten

16 Tage Kuba sind an sich schon ein Erlebnis, sowohl touristisch als auch politisch. Die Weltjugendfestspiele in Havanna mit 145 Delegationen aus aller Welt, knapp 20.000 Delegierten, bleiben für die Vertreter der bundesdeutschen Jugendorganisationen ein prägender Eindruck weit über das Festival hinaus.

Die Vorbereitung des Festivals in der Bundesrepublik war politisch vorbelastet. Trotz guten Zuredens verweigerten die Junge Union und der RCDS ihre Teilnahme mit der Begründung, es handle sich lediglich um eine weltweit angelegte kommunistische Propagandaschau. Gleichzeitig wurden die Festspiele von den reisewilligen Organisationen zweigeteilt vorbereitet: Durch die Koordinierungsgruppe der nichtkommunistischen Jugendorganisationen mit dem Bundesjugendring, der Sportjugend, der Jungsozialisten und Jungdemokraten, und durch den Arbeitskreis Festival, dem sich SDAJ und MSB Spartakus, aber auch andere, nicht kommunistische Organisationen, wie DFGVK und der studentische Dachverband VDS unter anderem mit Vertretern der Juso-Hochschulgruppen anschlossen. Die Bundesrepublik präsentierte sich außerdem mit einer organisatorisch lose verbundenen, aber im Grunde gespaltenen Organisation.

War das Festival eine prokommunistische Propagandaschau? Natürlich haben sich die osteuropäischen Staatsjugendorganisationen, wie schon immer um den weltweiten Eindruck der Aktionseinheit bemüht: Die Jugend der Welt geschlossen gegen Imperialismus und Kolonialismus. Bei der Programmplanung wurde entsprechend dieser Absicht eine Weltkarte der großen politischen Probleme gezeichnet, auf der Osteuropa gar nicht existent war. Doch dieses Bemühen scheiterte. Sowohl in den Diskussionszentren und Kommissionen, als auch in zahllosen bilateralen Kontakten griffen sowohl die Vertreter der Bundesrepublik, allen voran die Jungsozialisten und die Gewerkschaftsjugend, die "realsozialistische" gesellschaftliche Wirklichkeit der osteuropäischen Staaten auf. Das DDR-Urteil gegen Bahro, die Verweigerung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung in der DDR und anderswo, die halbweiche Haltung der Sowjetunion gegenüber der Befreiungsorganisation Polisario in der Westsahara aufgrund ökonomischer Bindungen mit Marokko, die unterstützende Haltung der argentinischen KP und auch der Sowjetunion gegenüber dem Terrorregime unter Videla in Argentinien, als einem (Originalton) "liberaleren Diktator", die Versuche weltweit Einflußzonen zugunsten des Warschauer Vertrages neu abzustechen, die qualitative Aufrüstung im Warschauer Pakt durch "Backfire" und die Rakete FS 20, all das war unversehens Diskussionsgegenstand und rundete ab im Sinne einer "ganzen Wahrheit". Dabei wurde jedoch nicht beschönigt, was an Abbau demokratischer Rechte im Westen, auch der Bundesrepublik Deutschland, an US- und NATO-Imperialismus in der Dritten Welt, an entspannungsgefährdender Aufrüstung durch "cruised missile" und die Neutronenbombe, die Visitenkarte der westlichen Industrienationen mitträgt.

Jungsozialisten und Gewerkschaftsjugend gingen in ihren Diskussionsbeiträgen von der kompromißlosen Bejahung der Entspannungspolitik aus, spannten jedoch einen Bogen zw-

schen Entspannung, innerer Demokratisierung und der Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Und sie betonten, daß Entspannung auch meine, daß "entspannt" über alles, ausnahmslos alles diskutiert werden müsse. Dabei ging es nicht darum, ein Tribunal gegen Osteuropa zu inszenieren. Die Kritik wurde aus der Sicht der demokratischen Sozialisten und nicht von Reaktionären formuliert.

Ein Konfliktpunkt war der von allen notwendig erachtete Kontakt zur FDJ, der Jugendorganisation der DDR. Weder FDRJ und ihr Umfeld noch die FDJ waren bereit auf einem Freundschaftstreffen alle Probleme ansprechen zu lassen, zum Beispiel Bahro und Hübner. Deswegen platzte das Treffen. Lediglich im kleinen Kreis fand eine Aussprache statt.

Die Jungsozialisten konnten die Erfahrung machen, daß bei allen Differenzierungsprozessen in Osteuropa ein Großteil der kommunistischen Jugendorganisationen sich die gegenseitige Solidarität nicht versagt und versuchte durch Gefährdung von anderen bilateralen Freundschaftstreffen Druck auszuüben, der die Jusos zum Nachgeben in der FDJ-Frage bewegen sollte. Diese Strategie, an der sich nicht alle beteiligten, scheiterte. Die geplanten Kontakte fanden statt.

Nach vielen Jahren der Funkstille wurden neue Beziehungen geknüpft: So zur Jugendorganisation der CSSR.

Die offene Diskussion, aber auch die bilateralen Kontakte eröffneten darüber hinaus mittelfristige Entwicklungslinien. Die Rumänen, die Jugoslawen und die eurokommunistischen Jugendorganisationen setzten sich - aus zum Teil unterschiedlichen Motiven - deutlich von den Osteuropäern ab und signalisierten unüberhörbar Angebote zur intensiveren Zusammenarbeit mit den Jungsozialisten. Aber auch die Polen ließen sich nicht aufhalten, ihr besonders gutes Verhältnis zu den Jungsozialisten weiter zu vertiefen.

Neben dem Ost-West-Problem spielte ein anderer Faktor die entscheidende Rolle bei der politischen Gestaltung des Festivals: die Dritte Welt. Selbstbewußt stellten sich die Delegierten aus Südamerika und Afrika, undogmatisch und kooperationsbereit. Die Jungsozialisten nahmen zu allen Befreiungsbewegungen in Amerika und Afrika, soweit nicht schon früher geschehen, Kontakte auf: Mit der SWAPO und dem ANC in Afrika, wie auch mit Bewegungen in Argentinien, Columbien, Bolivien, Brasilien und Uruguay. Für die Jungsozialisten war es schwer, deutlich zu machen, daß sie nicht un-

differenziert mit der Politik der Bundesregierung identifiziert werden dürfen. Denn aus der Sicht der Dritten Welt, und das artikuliert sich schonungslos, ist die Bundesrepublik ein imperialistischer Faktor der Weltpolitik. Dabei, und das war erschreckend, gibt es offensichtlich keine geschlossene Amerika-Politik der Bundesregierung.

Das gilt auch für Kuba. Kuba leidet in seiner politischen und ökonomischen Entwicklung unter der fast totalen Handelsblockade der USA. Die Bundesrepublik spielt da die Rolle des passiven Anhängsels. Die Jungsozialisten fordern nachdrücklich, konstruktive Beiträge zu leisten und "Türen in die Blockade" zu schlagen. Das Modell des kubanischen Sozialismus, den Welten vom Sozialismus osteuropäischer Prägung trennen, ist tatsächlich ein Modell für die Dritte Welt, wenn auch ein unvollkommenes. Der kubanische Sozialismus ist jedenfalls ein Meilenstein an gesellschaftlichem Fortschritt gegenüber der Batista-Ära oder der Gegenwart der meisten südamerikanischen und karibischen Staaten heute. Die Jungsozialisten haben mit den Kubanern einen Delegationsaustausch vereinbart, der zum gegenseitigen Verständnis beitragen soll. Dieser Austausch ist die erste "kleine Tür".

Natürlich gibt es in Kuba politische Gefangene, 2.000 bis 3.000 wie Fidel Castro zugibt und amnesty international bestätigt. Die Zahlen der Organisation amerikanischer Staaten (OAS) sind nichts anderes als Spielmaterial der psychologischen Kriegsführung. Aber auch die zugegebene Zahl ist zu hoch. Eingerechnet aber sind die Kräfte, die mit Waffengewalt die kubanische Revolution rückgängig machen wollten, die beiden CIA-Agenten, die einen von Castros Vertrauten umgebracht hatten und andere. Die saßen auch bei uns im Gefängnis. Aber es sind auch Menschen darunter, die keine Gewalt anwandten und deren Zeit, die sie laut Gerichtsurteil "sitzen" mußten, seit mehreren Jahren eigentlich abgelaufen ist. Um die haben sich die Jungsozialisten in einem offenen Gespräch bemüht. Und die Gespräche mit den Kubanern darüber werden fortgesetzt.

Es können nur kleine Impressionen der politischen Aktivitäten im lebensfrohen Kuba vermittelt werden. Doch eins wird deutlich: Die Delegierten der Bundesrepublik, soweit sie nicht Scheuklappen Made in GDR (DDR) tragen, haben die große Chance genutzt: Sie haben vorurteilsfrei diskutiert, ihren außenpolitischen Handlungsrahmen auch für die Zukunft erheblich verbreitert und gleichzeitig Freundschaft gepflegt. Wer, wie die Junge Union, von Ferne seine vorgefaßte Meinung über das Festival nachträglich selbst bestätigt, ist nicht nur böswillig, der hat den großen Nachteil, eine Chance verpaßt zu haben.

(-/16.8.1978/ks/hgs)